

Bürgerschaftliches Engagement für eine lebendige Zivilgesellschaft

Eine lebendige Zivilgesellschaft ist für mich wichtige Grundlage unserer Demokratie. Eine offene, facettenreiche Gesellschaft gibt es nicht einfach so, dafür braucht es Transparenz, eine kritische Öffentlichkeit und Möglichkeiten zur Teilhabe. Lebendige Zivilgesellschaft beginnt im Kleinen, beispielsweise mit dem freiwilligen Einsatz im örtlichen Verein. Genau deshalb setze ich mich auf politischer Ebene dafür ein, dieses bürgerschaftliche Engagement zu fördern. In allen Bereichen unserer Gesellschaft wie Kultur, Soziales, Bildung, Politik und Wirtschaft finden wir engagierte Menschen. Sie sind in losen Initiativen, in der Nachbarschaft, im Verein, im Verband oder in anderer Weise engagiert. Die Enquetekommission zur Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements einigte sich 2002 parteiübergreifend auf eine Definition des Begriffs. Demnach ist bürgerschaftliches Engagement freiwillig, nicht auf materiellen Gewinn gerichtet, gemeinwohlorientiert, findet im öffentlichen Raum statt und wird in der Regel gemeinschaftlich, kooperativ ausgeübt. Dieser Definition fühle ich mich in der Weiterentwicklung der Engagementpolitik verbunden.

Echte BürgerInnenbeteiligung

Bündnisgrüne Politik stand von Beginn an für eine Kultur der Teilhabe auf allen Ebenen. Damit sich Bürgerinnen und Bürger tatsächlich angemessen beteiligen können, mangelt es an zwei zentralen Dingen: Zum einen braucht es eine transparente öffentliche Verwaltung und ein Recht der BürgerInnen auf Information, zum anderen fehlen bisher die Instrumente echter Beteiligung. BürgerInnenbeteiligung muss frühzeitig ansetzen und nicht erst, wenn Vorhaben nur noch verhindert werden können. Wir haben deshalb in unserem Entwurf des Bundestagswahlprogramms noch einmal deutlich gemacht wie Beteiligung gehen kann:

- Wir haben ein neuartiges dreistufiges Planungsrecht für Infrastrukturprojekte entwickelt.¹ Wichtig ist uns dabei, dass der Kreis der Beteiligten möglichst weit gefasst ist und gleichermaßen partizipationsfernere Bürgerinnen und Bürger beteiligt werden, um so Partizipationseliten vorzubeugen.

- Eine weitere Forderung ist mehr direkte Demokratie mit dem Volksentscheid auf Bundesebene. „Sie kann die repräsentative Demokratie gut ergänzen. Die öffentliche Mobilisierung zu Sachthemen bringt frischen Wind in die politische Landschaft.“ⁱⁱⁱ
- Wir haben im Herbst mit einer grünen Urwahl unsere SpitzenkandidatInnen für die Bundestagswahl 2013 gewählt. Jetzt diskutieren wir öffentlich in unseren Programmforen das Grüne Bundestagswahlprogramm.
- Das Internet bietet viele neue Möglichkeiten sich zu informieren und zu beteiligen. Ein Beispiel ist das System „Betatext“ auf der Internetseite der Fraktion, das die Möglichkeit bietet Papiere von uns öffentlich zu diskutieren. Was noch alles möglich ist, wird in unserem Bundestagswahlprogramm deutlich.

Aufklärung, Zugang zu Information und Transparenz

Die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft und unserer Demokratie basiert in besonderem Maße auf Aufklärung und freiem, öffentlichem Zugang zu Informationen, insbesondere des Ersten Sektors - des Staates und der öffentlichen Verwaltung.

- Bürgerinnen und Bürger haben ein Recht auf Information. Die Bundestagsfraktion hat deshalb ein Gesamtkonzept für mehr Transparenz staatlicher Institutionen entwickelt.ⁱⁱⁱ Ohne die Beleuchtung gesellschaftlicher Vorgänge im offenen Diskurs sind ausgewogene Entscheidungen ebenso wenig möglich wie öffentliche Kontrolle durch Politik und Zivilgesellschaft.
- Für die großen spendensammelnden Organisationen im Dritten Sektor finde ich mehr Transparenz ebenso wichtig. Gleichzeitig kann es nicht nur darum gehen, für die Öffentlichkeit zugänglich zu handeln, sondern in der Organisation selbst eine offene, partizipative Kultur zu leben. So kann deutlich werden, wie viel zivilgesellschaftliche Organisationen für unsere Gesellschaft leisten.^{iv}

Grüne Engagementpolitik fördert politisches UND soziales Engagement

Wenn wir unsere Demokratie weiter entwickeln und bunter gestalten wollen, gehören für mich Transparenz, echte BürgerInnenbeteiligung und mehr direktdemokratische Elemente dazu, um das politische Engagement der Bürgerinnen und Bürger zu stärken. Soziales Engagement ist mindestens genauso wichtig und kann genauso kritische Dimension haben. Damit die Motivation sich zu engagieren steigt, setze ich mich für entsprechende Rahmenbedingungen ein, dazu gehören:

- mehr Anerkennung, Freiräume und Unterstützung und eigene feste Orte und Einrichtungen. Beispiel sind die zentralen Einrichtungen der Engagementförderung.
- Grundsätzlich trete ich dafür ein, bürgerschaftliches Engagement verlässlich zu finanzieren unter Gewähr von Autonomie und Selbstorganisation. Ich sehe den Bund für die Finanzierung bundesweiter Organisationen der Engagementförderung zuständig. In der Kooperation von Bund und Ländern ist der Bund immer dann zuständig, wenn es Aufgaben von „bundeszentraler Bedeutung“ gibt. Deshalb wünsche ich mir, dass wir auf Bundesebene im Dialog mit zivilgesellschaftlichen Organisationen definieren, was bundeszentrale Infrastrukturen der Engagementförderung sind.
- Weitere Instrumente für eine verlässliche und nachhaltige Engagementförderung sind für mich u.a.: Zivilgesellschaftliche Organisationen zukünftig mit Festbeträgen oder anteiligen Beträgen zu finanzieren. Die Praxis der gegenseitigen Kooperation zu befördern. Bürgerschaftliches Engagement als Eigenmittel anzuerkennen. Eine transparente und nachvollziehbare Vergabe von Fördermitteln sowie eine entbürokratisierte Zuwendungspraxis - dazu gehört auch die Anerkennung bürgerschaftlichen Engagements als eigenständiger gemeinnütziger Zweck.
- dazu gehören auch qualitätvolle Freiwilligendienste mit einem starken Profil als Lern- und Orientierungsdienst. Aus der Engagementforschung wissen wir, dass Engagementbiografien auf frühen Impulsen und Möglichkeiten für persönliches freiwilliges Engagement beruhen. Insbesondere für Jugendliche ist dies ein Instrument des Einstiegs in bürgerschaftliches Engagement.

Wie dann Engagementförderung am Ende aussehen kann, muss in einem gemeinsamen Dialog entwickelt werden. Die Engagementförderung der schwarz-gelben Bundesregierung ist Stückwerk: Ein Dialog auf Augenhöhe scheiterte beim Nationalen Forum für Engagement und Partizipation. Die Engagementstrategie war eine Auflistung von Modellprojekten der Bundesministerien statt einer zukunftsweisenden Strategie. In Schweden hat die schwedische Regierung 2008 eine Vereinbarung mit Freiwilligenorganisationen und den kommunalen Spitzenverbänden über Prinzipien der Zusammenarbeit geschlossen. Die sechs Prinzipien der Zusammenarbeit sind: 1. Autonomie und Unabhängigkeit, 2. Dialog, 3. Qualität, 4. Kontinuität, 5. Transparenz und 6. Vielfalt. Dies ist ein Beispiel für den Dialog auf Augenhöhe, den ich als Vorbild für die zukünftige Zusammenarbeit mit Bund, Ländern, Kommunen und den betroffenen Organisationen sehe.

Ulrich Schneider, MdB (Bündnis 90/Die Grünen), ist Sprecher für Jugendpolitik und Mitglied im Unterausschuss Bürgerschaftliches Engagement.

ⁱ Details dazu auch unter: http://www.gruene-bundestag.de/fileadmin/media/gruenebundestag_de/fraktion/beschluesse/Beschluss_Buergerbeteiligung.pdf

ⁱⁱ http://www.gruene.de/fileadmin/user_upload/Dokumente/programmentwurf-bundestagswahl-2013.pdf, S.120.

ⁱⁱⁱ http://www.gruene-bundestag.de/themen/innenpolitik/wir-wollen-es-wissen-raus-aus-den-hinterzimmern/konkrete-forderungen-fuer-transparenz_ID_4387480.html

^{iv} <http://www.ulrich-schneider.de/?p=3693>